

Landtagswahl: Es geht um viel!

KPÖ legt Leistungsbericht über 5 Jahre Arbeit im steiermärkischen Landtag vor

Am 26. September wählt die Steiermark. Eine ganz wichtige Kraft im Landtag ist die KPÖ. Allerdings werden ihre Leistungen für die Steirerinnen und Steirer oft totgeschwiegen. Aufgrund des Wahlrechts wird es für

KPÖ nicht einfach, in einem Wahlkreis ein Grundmandat zu erringen. Es kommt auf jede Stimme an. Wir ersuchen Sie um Ihre Hilfe, damit es in der Steiermark Gerechtigkeit für alle statt Privilegien für wenige gibt.

Alles Wichtige im Land gehört in öffentliche Hand

**Wasser
Energie
Verkehr
Pflege
Bildung
Gesundheit**



Claudia Klimt-Weithaler



KPÖ
Liste 3 **wirkt**

Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Bilanz: 5 Jahre KPÖ im Landtag

2005 hat die KPÖ den Einzug in den Landtag geschafft. Sie hält vier von 56 Mandaten und ist drittstärkste Kraft im Landesparlament. Nach jahrzehntelanger Abwesenheit ist damit eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitenden, Angestellten, Pensionistinnen und Pensionisten, all jener Menschen, die keine Geldlobby hinter sich haben, im Landtag vertreten!

Die KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg, Renate Pacher und Ernest Kaltenegger haben sich in den letzten fünf Jahren für viele wichtige Anliegen eingesetzt:



Keine Privilegien für Politiker

Die KPÖ-Abgeordneten haben sich selbst eine Gehaltsobergrenze von netto 2.000 Euro im Monat auferlegt. Nur so ist gewährleistet, dass man sich nicht von den Lebensumständen der DurchschnittsverdienerInnen entfernt. Mehrere KPÖ-Anträge, die eine Kürzung der Gehälter der Landespolitiker um 30 Prozent fordern, wurden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Regress abgeschafft

Lange Jahre mussten die Angehörigen von Pflegeheiminsassen an die Sozialhilfeverbände einen Regress bezahlen. Der belief sich oft auf mehrere hundert Euro im Monat und brachte viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten. Auch Sozialhilfeempfänger mussten die Sozialhilfe zurückzahlen. Auf Druck der KPÖ wurden diese Regressleistungen abgeschafft.



Runter mit dem Strompreis

Seit Beginn der Amtsperiode von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves hat die Energie Steiermark AG (EStAG) den Strompreis fünfmal erhöht. Lange Zeit gehörte die EStAG zu den teuersten Stromanbietern Österreichs. Diesen Missstand hat die KPÖ mit dringlichen Anfragen und eigenen Anträgen im Landtag aufgezeigt. Auf Antrag der KPÖ beschloss der Landtag den Rückkauf des privaten Minderheitsanteils an der EStAG und mehrere Strompreissenkungen. Landeshauptmann Voves weigert sich, die Beschlüsse umzusetzen.

Abgabe für billigeren öffentlichen Verkehr

Die KPÖ fordert die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von den Unternehmen wie in Wien. Damit könnte der öffentliche Verkehr ausgebaut und billiger angeboten werden. Obwohl der Landtag die Abgabe auf Antrag der KPÖ beschlossen hat, wurde sie von der Landesregierung bisher nicht umgesetzt.

Pflege: Schluss mit der Geschäftemacherei

Während die Beschäftigten der Pflegeheime über schlechte Bezahlung klagen und die Zuschüsse der öffentlichen Hand für die Pflege immer größer werden, verdienen sich die privaten Pflegeheimbetreiber eine goldene Nase. Die KPÖ hat deshalb eine Gesetzesänderung beantragt: Um die Kostentreiber im Pflegesektor zu verkleinern, sollen in Zukunft nur mehr öffentliche und gemeinnützige Träger von der öffentlichen Hand subventionierte Heime betreiben dürfen. Diese Gesetzesänderung scheiterte

an SPÖ und ÖVP im Landtag. Um die Qualität anzuheben und das Personal zu entlasten trat im Oktober 2009 eine neue Personalausstattungsverordnung in Kraft. Die Initiative dazu ging von der KPÖ aus.

Für die Arbeitenden

Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen sind mit der KPÖ nicht zu machen! Deshalb hat



die KPÖ im Landtag gegen eine Änderung des Dienstrechtes und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Kindergärtnerinnen gestimmt. Der KPÖ-Antrag, Betrieben, die Betriebsräten Schwierigkeiten machen, keine Wirtschaftsförderung zu gewähren, wurde vom Landtag angenommen.

Gratiskindergarten

Für viele Haushalte und vor allem für Alleinerzieherinnen waren die Kindergartengebühren eine schwere finanzielle Belastung. Abgesehen davon, dass es immer noch viel zu wenig Kindergartenplätze gibt. Die KPÖ war der Vorreiter bei der Abschaffung der Kindergartengebühren. Sie tritt dafür ein, dass Großbetriebe verpflichtend einen kostenlosen Betriebskindergarten einrichten müssen. Derartige Anträge sind an der Mehrheit von SPÖ und ÖVP gescheitert.

Wohnbeihilfe anpassen

Seit Jahren wurde die Wohnbeihilfe nicht mehr angepasst. Das führt dazu, dass selbst BezieherInnen von kleinen Einkommen und Pensionen bei einer geringfügigen Pensions- oder Lohnerhöhung die Beihilfe ge-

kürzt wird. Anträge der KPÖ, die Wohnbeihilfe endlich zu valorisieren, wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Auf Druck der KPÖ wurde zumindest erreicht, dass die Ansuchen nun schneller behandelt werden und man nicht mehr länger als ein halber Jahr auf den Bescheid warten müssen.

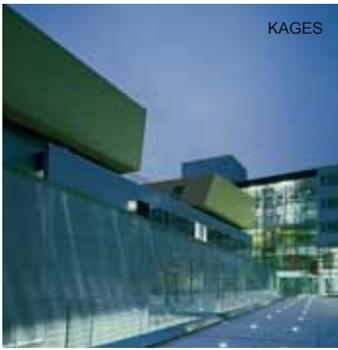
KAGES: Missstände

Seit Jahren klagen die KAGES-Bediensteten über unzumutbare Belastungen. Die KPÖ fordert deshalb, dass der Spitalsbereich wieder dem Landtag unterstellt wird. Schließlich gehören die Spitäler allen Steirer und nicht einigen KAGES-Managern, die hinter Polstertüren über das Schicksal unseres Spitalwesens entscheiden.



Der KPÖ-Antrag, die Spitalshoheit wieder direkt dem Landtag zu unterstellen, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Gleichzeitig beschloss die SPÖ/ÖVP-Landesregierung für die KAGES-Vorstände Urlaubs- und Pensionsprivilegien, von denen ein „Normalsterblicher“ nur träumen kann. Andererseits werden Reinigungskräfte ausgelagert und damit Lohndumping betrieben. Auch dagegen ist die KPÖ im Landtag als einzige Fraktion aktiv geworden.





KAGES

Erhalt der Chirurgen

Die SPÖ hatte den Plan, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag zu schließen. Das hätte für die regionale Bevölkerung eine deutliche Verschlechterung bedeutet. Auf Druck der KPÖ hat der Landtag nicht nur gegen die Schließung in Bad Aussee gestimmt, sondern sich auch für den Neubau der Chirurgie in Mürzzuschlag ausgesprochen.

Gerechte Wirtschaftsförderung

Das Land Steiermark schüttet Millionen Euro Wirtschaftsförderung an Großkonzerne aus, obwohl diese kaum Steuern zahlen, Arbeitsplätze abbauen oder die Beschäftigten Kurzarbeiten lassen. Einzig die KPÖ sagt zu diesen Praktiken im Wirtschaftsförderungsbeirat konsequent „Nein!“

Keine Tarifierhöhung

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag gegen die geplante Tarifierhöhung beim Verkehrsverbund aus. Einzig die ÖVP stimmte dagegen. ÖVP-Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder weigert sich, den Landtagsbeschluss umzusetzen; so wie jenen, bei den Landestankstellen günstigen Sprit für alle zu verkaufen.



KPÖ-LAbg. Renate Pacher

Auf Initiative von LAbg. Renate Pacher ist eine überarbeitete Neuauflage der Broschüre „Wie wollen wir Pflege erschienen. Bestellungen beim KPÖ Landtagsklub, Tel. 0316 / 877 5104.



Land übernimmt Ausfallhaftung

Die Steirische BeteiligungsfinanzierungsgmbH, mehrheitlich im Besitz des Landes, geht eine stille Beteiligung in Höhe von 1,25 Millionen Euro bei der Deutschlandsberger Firma Logidata ein. Das Land übernimmt die Ausfallhaftung. Die KPÖ



KPÖ-LAbg. Werner Murgg

lehnte die Haftungsübernahme ab. Ihrer Meinung nach sollte das Land bei derartigen Beteiligungen Gesellschafteranteile an der Firma erwerben, um tatsächlich mitreden zu können. Die KPÖ kritisiert die Bedingungen der Förderung. LAbg. Werner Murgg: „Während laut Vertrag nur 10 Prozent des Gewinnes an die Beschäftigten ausgeschüttet werden müssen, können sich die Gesellschafter bis zu 20 Prozent als Gewinnausschüttung genehmigen. Und das, obwohl die Beschäftigten bereits 2009 einen so genannten „freiwilligen“ Gehaltsverzicht übten.“



Kämpft gegen die skrupellose Geschäftemacherei mit der Spielsucht: KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger

Kleine Wahl-Erinnerungen

Buttons

Aufkleber und Postkarten

T-Shirts, Diverse Motive

Portionsglas Honig

Im WEBSHOP bestellen: www.kpoe-steiermark.at
oder anfordern Tel. 0316 / 877 51 04
(kostenlos außer T-Shirts, Honig beim Volkshaustfest kostenlos)

Landesregierung sponserte BERATER mit 15 Millionen

KPÖ sagt Beraterfirmen Kampf an

Regierung gab 15 Mio. Euro für Berater aus. KPÖ kämpft für Sparsamkeit, nachvollziehbare Verträge und gegen Freunderlwirtschaft.

Während immer mehr Gemeinden unter steigenden Ausgaben stöhnen, betreibt die Landesregierung Geldverschwendung. 15 Mio. Euro hat man seit 2005 für „Beraterdienste“ ausgegeben. In Bund, Land und Gemeinden lebt ein Dschungel von Berater- und Consultingfirmen prächtig von den

öffentlichen Millionen. „Der Sinn der Ausgaben ist fast nie nachvollziehbar begründet“, ärgert sich KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

Dazu kommen hohe Beratungskosten in anderen dem Land unterstehenden Bereichen wie der KAGES und der EStAG, über die es bezeichnenderweise keine systematische Aufstellung gibt.

Klimt-Weithaler: „Das

LH Voves (SP)	4.341.805 E
LR Wegscheider (SP)	3.524.316 E
LR Edlinger-Ploder (VP)	3.456.728 E
LR Grossmann (SP)	1.331.666 E
LR Vollath (SP)	723.609 E
LH-Stv. Schützenhöfer (VP)	610.804 E
LH-Stv. Schrittwieser (SP)	503.264 E
LR Buchmann (VP)	273.358 E
LR Seitinger (VP)	268.730 E

Beraterwesen ist eine Methode, um den Großparteien nahestehende Personen mit lukrativen Aufträgen zu versorgen.“



Ein ausführlicher Rechenschaftsbericht über die Arbeit der KPÖ im Landtag kann im Webshop (kpoe-steiermark.at) oder unter 0316 / 877 5104 angefordert werden.

1600 EURO MINDESTLOHN

Schwarz-grün gegen faire Löhne

1600 Euro monatlich bzw. 10 Euro in der Stunde sollen als Mindestlohn festgelegt werden, fordert die KPÖ.

Schlecht bezahlten Jobs und der Ausbeutung am Arbeitsplatz gehört ein Riegel vorgeschoben, so KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler. Viele Menschen verdienen kaum mehr, als die Sozialhilfe oder Mindestsicherung ausmacht.

Die KPÖ beantragte im Landtag, 1600 Euro brutto als Mindestlohn gesetzlich festzulegen. „Das

ist für einen Vollzeit-Arbeitsplatz kein Luxus“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Die SPÖ zog mit und so geht die Forderung an die Bundesregierung, die sich nun damit befassen muss. Gegen 1600 Euro Mindestlohn stimmten die Grünen und die ÖVP. Für die Grünen meinen, ein Mindestlohn sei für Unternehmen nicht zumutbar. Viel Lob bekamen sie dafür von ÖVP-Wirtschaftssprecher Wolfgang Kasic, dessen Partei mit Inbrunst gegen gerechtere Löhne eintritt.

BESCHWERDEBRIEFKASTEN

Aktiv für Frauenrechte

Den Frauentag am 8. März nahm KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler zum Anlass, einen Beschwerdebrieffkasten für Frauen einzuführen. Der wurde gefüllt mit einer Vielzahl von Anliegen. Damit wirklich etwas passiert, setzt sich die KPÖ für mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ein, verspricht Claudia Klimt-Weithaler.

Tatsächlich ist das Hauptanliegen der Frauen das Aufheben der unterschiedlichen Bewertung zwischen ihnen und Männern. Der Arbeit von Frauen fehle nicht nur der Respekt und die Wertschätzung – vieles werde als selbstverständlich betrachtet – es fehle auch an der gerechten Bezahlung und bei der sozialen Absicherung von Frauen, etwa nach Scheidungen. Ein anderer Schwerpunkt ist die Kinder-

freundlichkeit der Gesellschaft. Dazu gehören Spielplätze ebenso wie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung.

Die KPÖ hat sich heuer bereits diesen Anliegen gewidmet. Ein Antrag im Landtag wurde angenommen, wonach nur mehr Betriebe eine Wirtschaftsförderung bekommen sollen die Frauen für gleiche Arbeit gleich bezahlen wie Männer. Nur die ÖVP war dagegen. Einstimmig hingegen war jener Antrag, bei dem es um Richtlinien für frauenfördernde Maßnahmen ging.

„Wir kämpfen auch für den Ausbau hochwertiger Kinderbetreuung“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Zudem setzt sie sich für günstige Wohnungen für Alleinerziehende ein und kämpft für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – für mehr Gerechtigkeit eben.



Elf gute Gründe, die KPÖ zu wählen

Jede Stimme für die KPÖ ist eine Gewinn für die SteirerInnen – weil die KPÖ als einzige Partei keinen Zwängen aus Wien oder Brüssel unterliegt und nur im Sinn der Menschen handelt.

1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politikerinnen und -politiker behalten vom Politeinkommen maximal 2000 Euro pro Monat, der Rest geht in den Sozialfonds. So ging seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not.

2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen 2 Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mit einer Reichensteuer umverteilt werden.

3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit werden so teuer, weil Private (z.B. Pflegefond) damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft als einzige Partei für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

4. Frauen

Bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist Österreich Europa-Schlusslicht. Nach einer KPÖ-Initiative gibt es Wirtschaftsförderung nur mehr für Betriebe, die Frauen gerecht entlohnen.

5. Arbeit

Die KPÖ kämpft für einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat und gegen Profite von Konzernen und Banken zu Lasten der Arbeitenden.

6. Verkehr und Umwelt

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden, Grünflächen erhalten (gegen das Murkraftwerk Graz), die EStAG wieder in steirische Hände.

7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein. Das Angebot muss steiermarkweit ausgebaut werden.

8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Bildung muss für alle möglich sein; ohne Einschränkungen.

9. Pensionisten

Unser solidarisches Pensionssystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden. Eine Wertschöpfungsabgabe auf Gewinne soll das Pensionssystem stützen.

10. Demokratie

Die KPÖ steht für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. In der Politik gehören das Beraterunwesen abgestellt und die Politbezüge verkleinert.

11. Wohnen

Die öffentliche Hand ist mitverantwortlich für Wohnen zu leistbaren Bedingungen, durch einen gut gefüllten Wohnbaupotopf, mit einer brauchbaren Wohnbeihilfe...

